



EUROPA IST EXPORTWELTMEISTER

RÜSTUNG, KLIMA, DUMPINGPREISE: EUROPA
EXPORTIERT FLUCHTGRÜNDE

Brot
für die Welt

m)
medico international

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.



SIE NENNEN ES FLUCHTURSACHEN- BEKÄMPFUNG.

Weltweit sind laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen über 65 Millionen Menschen auf der Flucht, mehr als am Ende des Zweiten Weltkrieges. Davon haben fast zwei Drittel nicht einmal die eigenen Staatsgrenzen überwunden. Die allerwenigsten erreichen Europa, sei es, weil sie auf eine baldige Rückkehr hoffen oder weil sie schlicht keine Möglichkeit haben, hierherzukommen. Dabei sind die Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten ebenso wie die hiesige Lebens- und Produktionsweise auf vielfältige Weise mitverantwortlich dafür, dass weltweit Menschen ihr Zuhause verlassen.

Im Jahr 2015 öffneten sich die Grenzen Europas für einen Moment. Rund eine Million Schutzsuchende kam in kurzer Zeit hier an. Doch der Moment der Offenheit währte nicht lang und die „Willkommenskultur“ ist – zumindest bei den meisten Entscheidungsträger_innen – längst in ihr Gegenteil umgeschlagen. Im Eiltempo wurden Grenzen geschlossen, neue Zäune errichtet, Menschen in

Lager gezwungen, Gesetze verschärft – alles mit dem Ziel, die Zahl der Ankommenden um jeden Preis zu senken und weitere abzuschrecken. Gleichzeitig hat der Begriff der „Fluchtursachenbekämpfung“ Einzug in die politische Agenda gehalten – oder eher in die Rhetorik. Tatsächlich wird das politische Gebot, jene Verhältnisse zu überwinden, die Menschen weltweit in die Flucht treiben, in der herrschenden Flüchtlings- und Migrationspolitik instrumentalisiert und missbraucht. Was meinen die EU und Deutschland wirklich, wenn sie von „Fluchtursachenbekämpfung“ sprechen?



**WIR NENNEN ES BEKÄMPFUNG
VON FLUCHTMÖGLICHKEITEN.**

SIE NENNEN ES PARTNERSCHAFTEN.

Ein Kernstück der neuen Migrationspolitik der EU ist die Externalisierung, also die Verlagerung der Grenzen in Regionen außerhalb Europas. Um zu verhindern, dass Flüchtlinge und Migrant_innen den Kontinent erreichen, hat sie eine Reihe von Abkommen geschmiedet. Das prominenteste ist der EU-Türkei-Deal, in dem sich die Türkei gegen Zahlung von Milliardenbeträgen dazu verpflichtet, Schutzsuchende auf dem eigenen Territorium festzuhalten. Gleichzeitig hat die EU die Kooperationen mit Herkunfts- und Transitländern vor allem in Afrika vehement vorangetrieben. So wurde ein Notfall-Treuhandfonds zur „Bewältigung der grundlegenden Ursachen irregulärer Migration in Afrika“ eingerichtet. Dabei ist die EU nicht wählerisch und geht auch „Partnerschaften“ mit autoritären Regimen ein. Die Militärdiktatur in Eritrea, einem der repressivsten Länder der Welt,

aus dem eine legale Ausreise für die meisten Menschen unmöglich ist, erhält viele Millionen. Und im zerrütteten Libyen, dem wichtigsten Transitland für afrikanische Migrant_innen, möchte die EU „Aufenthaltsmöglichkeiten in der Nähe der eigenen Heimat“ fördern. Sie unterstützt nicht nur die selbst ernannte „libysche Küstenwache“ mit Waffen und Ausbildung, sondern will auch Millionen zur Verbesserung der Situation in libyschen Flüchtlingslagern investieren, in denen Folter, Misshandlungen und Lösegelderpressungen an der Tagesordnung sind. Menschenrechtsverletzungen in „Partnerländern“ werden billigend in Kauf genommen, solange die Abwehr von Flüchtlingen und Migrant_innen funktioniert.



WIR NENNEN ES SCHMUTZIGE DEALS.

SIE NENNEN ES ENTWICKLUNGS- ZUSAMMENARBEIT.

Entwicklungszusammenarbeit, die ihren Namen verdient, zielt auf die Förderung demokratischer, gerechter und menschenwürdiger Verhältnisse. Doch längst werden staatliche Gelder, Ressourcen und Know-how aus dem Entwicklungsbereich auch für die verschärfte Migrationskontrolle und -abwehr in Afrika eingesetzt. So führt die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) am Horn von Afrika das Projekt „Better Migration Management“ durch. Allein Eritrea wurden 200 Millionen Euro aus dem europäischen Entwicklungsfonds zugesagt. Mit anderen afrikanischen Ländern wie dem Senegal strebt die EU Abkommen an, die es erleichtern, Menschen dorthin abzuschieben. Gleichzeitig wurden dem Senegal knapp 350 Millionen Euro Entwicklungshilfe in Aussicht gestellt. Gelder aus Entwicklungsbudgets fließen in die

Ausbildung von Migrationsbeamten und die Ausrüstung von Polizisten in Westafrika oder in die Aufrüstung des Grenzschutzes und der Küstenwache in Nordafrika. Unter dem Deckmantel der Entwicklungszusammenarbeit werden afrikanische Länder in die europäische Sicherheits- und Abschottungspolitik eingebunden und dazu gebracht, die Mobilität der eigenen Bevölkerung einzuschränken. Regierungen, die sich weigern zu kooperieren, müssen Kürzungen der Entwicklungshilfe und erschwerte Handelsbedingungen fürchten.



WIR NENNEN ES DRUCKMITTEL.

SIE NENNEN ES INVESTITIONSINITIATIVEN.

Mit dem europäischen Investitionsplan, dem bundesdeutschen „Marshallplan mit Afrika“ und der vom Bundesfinanzministerium erarbeiteten G20-Initiative zur Förderung von privaten Investitionen in Wachstumsmärkte und Infrastruktur („Compact with Africa“) verschreibt sich die Bundesregierung drei großen Vorhaben, die Fluchtursachen entgegenwirken sollen. Wirtschaftlicher Fortschritt und große Beschäftigungsinitiativen sollen Perspektiven für die Bevölkerung vor Ort schaffen. Doch was vorgeblich der Entwicklung der Gesellschaften im globalen Süden dient, entpuppt sich als Konjunkturprogramm für transnationale Unternehmen. Es ist vor allem die ausländische Privatwirtschaft – konkret die Unternehmen der G20 –, die die afrikanischen Märkte entwickeln und beleben soll. Statt die lokale und regionale Wirtschaftsintegration zu stärken sowie Wertschöpfungsketten und Handels-

beziehungen gerechter zu gestalten, können multilaterale Finanzinstitutionen weiterhin Strukturanpassungsprogramme durchsetzen und transnationale Unternehmen ihre Marktmacht nutzen. Die Konzepte führen so keineswegs selbstverständlich zu nachhaltiger Entwicklung, sondern drohen ebenjene Verhältnisse zu stärken, die schon heute Menschen in die Flucht treiben – von Landgrabbing und Rohstoffabbau über Privatisierungen und Ausbeutung bis zu Umweltverschmutzung und Klimawandel.



**WIR NENNEN ES FÖRDERUNG DER
EIGENEN WIRTSCHAFT.**

SIE NENNEN ES RÜCKKEHR UND REINTEGRATION.

In der Logik der herrschenden Migrationspolitik dienen auch „Rückkehr“ und „Reintegration“ der Fluchtursachenbekämpfung: Die Potenziale der Rückkehrenden sollen zu Entwicklung, Stabilität und Frieden in den Herkunftsregionen beitragen. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die verschärfte Rückführungspolitik zwingt Menschen selbst in Kriegsgebiete und an Orte zurück, an denen sie keinerlei Perspektive haben oder sogar Gefahr für Leib und Leben besteht – ein aktuelles Beispiel sind die Sammelabschiebungen nach Afghanistan. In aktuellen Rückkehr- und Reintegrationsprogrammen sollen finanzielle Anreize zu einer „freiwilligen“ Rückkehr bewegen. In der Mehrzahl der Fälle geschieht dies allerdings im Angesicht einer drohenden Abschiebung: Wer zur freiwilligen Ausreise nicht bereit ist, wird eben per Zwang rückgeführt.

Gleichzeitig wird auf Ebene der EU, aber auch von einzelnen ihrer Mitgliedstaaten die Unterzeichnung von Rückübernahmeabkommen mit Herkunfts- und Transitländern vorangetrieben. Die Bundesregierung setzt zudem darauf, zusätzliche Staaten als „sichere Herkunftsländer“ zu deklarieren und damit das individuelle Recht auf Asyl noch weiter auszuhöhlen. Fluchtursachenbekämpfung? Die „Rückkehrpolitik“ ist in allererster Linie ein Programm, das nach innen mit steigenden Zahlen von Abschiebungen und Rückführungen punkten will und nach außen abschrecken und entmutigen soll.



WIR NENNEN ES ABSCHIEBEOFFENSIVE.

WAS WIR UNTER FLUCHTURSACHEN- BEKÄMPFUNG VERSTEHEN.

Was propagierte Ansätze zur Bekämpfung von Fluchtursachen weitgehend ausblenden: Krieg ist weltweit eine der zentralen Fluchtursachen. Kriege werden zerstörerischer und brutaler, wenn die EU, NATO-Staaten, Russland und andere mächtige Akteure beteiligt sind. Seien es Kriege und Gewalt oder Armut und Hunger: Die Bundesregierung und die Europäische Union verorten die Ursachen der Flucht allzu gerne ausschließlich in den Herkunftsländern der Schutzsuchenden. Dabei sind die chronischen und akuten Notlagen, die Menschen zur Flucht zwingen, selten allein in lokalen Umständen begründet. Die auch von Europa mitverantworteten Gründe, die Menschen weltweit in die Flucht treiben, reichen zurück in den Kolonialismus und manifestieren sich in der Gegenwart in unbewältigten Konflikten und ungleichen

Machtverhältnissen. Von der EU gesetzte ökonomische Rahmenbedingungen konterkarieren die besten Entwicklungskonzepte. Nicht zuletzt ist es die auf Ressourcenausbeutung basierende Lebens- und Produktionsweise des globalen Nordens, die Lebensgrundlagen im globalen Süden zerstört. Die Bekämpfung von Fluchtursachen muss daher im globalen Norden, also auch in Europa, ansetzen. Einige Beispiele:

- Rüstungsexporte befeuern Kriegs- und Krisenherde weltweit. Trotz der hoch eskalierten Situation vor Ort werden weiterhin deutsche Waffen in den Nahen und Mittleren Osten geliefert.
- Subventionierte Agrarprodukte aus Deutschland und der EU, die in Afrika zu Dumpingpreisen angeboten werden, Spekulation mit Nahrungsmitteln, Landraub und die Nutzung von Ackerflächen für die Erzeugung von Biokraftstoff verstärken Fluchtursachen.

Die Geschäftsmodelle des internationalen Agrobusiness treiben die ländliche Bevölkerung im globalen Süden in Abhängigkeit, Verschuldung und Armut.

- EU-Fangflotten haben auf der Jagd nach Edelfisch zum Beispiel vor den Küsten Westafrikas die Fischbestände stark dezimiert. Viele Fischer und Frauen in der Fischverarbeitung leben inzwischen in extremer Armut.
- Die Freihandelsabkommen, die die EU mit afrikanischen Regionen abschließen möchte und mit einigen bereits abgeschlossen hat – die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (engl. EPAs) –, verstärken Fluchtgründe in Afrika. Die Abschaffung von Industriezöllen etwa gepaart mit Restriktionen für Exportsteuern auf Rohstoffe nehmen Menschen die Aussicht, in lokalen Kleinindustrien Arbeit zu finden.

- Extreme Wetterereignisse und Folgen des maßgeblich vom globalen Norden verantworteten Klimawandels treiben weltweit mittlerweile mehr als 20 Millionen Menschen im Jahr in die Flucht. Immer mehr Land wird unfruchtbar mit fatalen Folgen für die Ernährungssicherheit der lokalen Bevölkerung.



UNSERE FORDERUNGEN

- Die Flüchtlings- und Migrationspolitik Europas darf nicht länger in Kauf nehmen, dass jährlich Tausende Menschen an den Grenzen sterben. Die Lebensrettung, der Schutz von Flüchtlingen und die Wahrung ihrer Menschenwürde müssen an erster Stelle stehen. Statt die Abwehr auszudehnen und Menschen in Lager zu stecken, müssen legale und gefahrenfreie Wege nach Europa eröffnet werden. Der Zugang Schutzsuchender zu einem fairen Asylverfahren in Europa muss ausnahmslos sichergestellt und das individuelle Recht auf Asyl uneingeschränkt gewährleistet sein.
- Der EU-Türkei-Deal und die Zusammenarbeit mit Unrechtsregimen zur „Migrationskontrolle“ sind sofort zu beenden. Vielmehr sollten diejenigen Akteure, die sich in Transit- und Herkunftsstaaten für Menschenrechte und Migrant_innen engagieren, unterstützt werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind in ihrer Rolle des kritischen Monitorings der Auswirkungen europäischer Migrationspolitik zu stärken.
- Entwicklungshilfe darf nicht als Zahlungsmittel für Hilfsdienste eines ausgelagerten Grenzschutzes missbraucht werden. Statt Kooperationsbereitschaft bei der Migrationskontrolle zu erzwingen, sind entwicklungsfördernde Aspekte der Migration zu unterstützen.
- Investitionen müssen einem nachhaltigen, rechtebasierten Entwicklungsverständnis dienen. Auch die Agrar-, Handels-, Klima- und Rüstungspolitiken vor allem im globalen Norden sind so zu gestalten, dass sie den Schutz der ökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen respektieren und nicht zu ihrer weiteren Zerstörung beitragen.

- Gelder der Entwicklungshilfe dürfen nicht der Absicherung von Risiken europäischer Firmen dienen. Statt über Investitionsprogramme neue Märkte für internationale Kapitalanleger_innen zu erschließen, muss es darum gehen, strukturelle Ungleichheit und Armut zu überwinden.
- Partnerschaftskonzepte dürfen nicht ohne Beteiligung derjenigen entstehen, mit denen sie umgesetzt werden sollen. Sonst sind sie Ausdruck eines paternalistischen Entwicklungsverständnisses, das einem respektvollen Partnerschaftsverständnis entgegensteht.

Die Wechselwirkungen von entwicklungspolitischen Maßnahmen mit anderen Politikfeldern müssen besser verstanden werden. Es braucht einen grundlegenden Perspektiv- und Politikwechsel hin zu einer menschenrechtsbasierten Flüchtlings- und Migrations-

politik. Von Fluchtursachen und deren Beseitigung zu sprechen, heißt in erster Linie, die Verantwortung Europas in den Blick zu nehmen und hier anzusetzen. Wir treten ein für das Recht zu bleiben, für das Recht zu gehen und für das Recht auf Asyl.



Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.

Caroline-Michaelis-Str. 1

10115 Berlin

Tel. +49 (0)30 65211-0

www.brot-fuer-die-welt.de

medico international e.V.

Burgstr. 106

60389 Frankfurt am Main

Neue Adresse ab

voraussichtlich 01.11.2017:

Lindleystraße 15

60314 Frankfurt am Main

Tel. +49 (0)69 94438-0

www.medico.de

PRO ASYL e.V.

P.B. 160624

60069 Frankfurt am Main

Tel. +49 (0)69 242314-0

www.proasyl.de

